

Verband der Beschäftigten des Gewerblichen Rechtsschutzes

Die Kompetenzgewerkschaft im Deutschen Patent- und Markenamt



50. Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des dbb in Köln: Ideenwerkstatt für den öffentlichen Dienst

(dbb) In politisch und wirtschaftlich schwierigen Zeiten braucht der Staat Anregungen für die Gestaltung der Zukunft. Dass die Ideenlieferanten für einen verbesserten öffentlichen Dienst nicht nur in der Politik zu finden sind, sondern auch und vor allem aus der öffentlichen Verwaltung kommen, war eines der Ergebnisse der 50. Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des dbb, die vom 11. bis 13. Januar 2009 in Köln stattgefunden hat. Der wichtigste berufspolitische dbb Jahreskongress, zu der mehr als 700 Delegierte angereist waren, bot aber noch weitere Höhepunkte. Neben den traditionell programmatischen Reden von dbb Chef Peter Heesen, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers analysierten Vertreter der großen Bundestagsfraktionen die aktuelle Lage des öffentlichen Dienstes im Rahmen einer Podiumsdiskussion. Darüber hinaus wurde die Jubiläumstagung von den ehemaligen Bundesinnenministern Hans-Dietrich Genscher und Rudolf Seiters sowie dem ehemaligen Berliner Innensenator Eckart Werthebach zu einem Rückblick genutzt. Den Festvortrag hielt Bundestagspräsident Norbert Lammert. Vom VBGR nahmen Jürgen Mume und Franz Gotsis teil.

Geschäftsstelle München

Morassistraße 2
D-80469 München

Verantwortlich
Jürgen Mume
Telefon 089.2195-3024

Telefon 089.2157-8433
Telefax 089.2157-8433
post@vbgr.de
www.vbgr.de

München, 18.1.2009

01/09



Heesen: Vertrauen in den Staat stärken

In seiner Rede zum Auftakt der 50.

Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung forderte dbb Chef Peter Heesen Wirtschaft und Politik zu mehr Vertrauen in den Staat und seine Beschäftigten auf: „Dass Banken vor der Pleite bewahrt und Firmen aus der Krise geführt werden, dass Arbeitsplätze gesichert werden, dass das Ersparte des kleinen Mannes geschützt bleibt, dass Sozialsysteme nicht zusammenbrechen, das alles verdankt die Gesellschaft dem Staat,“ sagte Heesen am 12. Januar 2009 in Köln. Der Staat habe nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, Regulierungen des Marktes vorzunehmen, um die vom Markt betroffenen Menschen zu schützen.

Wie eine aktuelle forsa-Umfrage im Auftrag des dbb in der Vorwoche ergeben hatte, erwartet dies auch eine breite Mehrheit der Bevölkerung, nämlich 61 Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Vertreter der Wirtschaft, die sich früher jede staatliche Einmischung verboten haben, müssten sich endlich eingestehen, dass soziale Marktwirtschaft ohne Verantwortung für Beschäftigte und Allgemeinheit nicht funktionieren kann, so Heesen. „Doch auch hier setzen die Menschen mehr auf den Staat als auf die Wirtschaft. Laut forsa halten 75 Prozent die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen für eine der wichtigsten Staatsaufgaben.“

Mit Blick auf die am 19. Januar 2009 beginnenden Tarifverhandlungen und die gewerkschaftliche Forderung von acht Prozent mehr Lohn für die Beschäftigten der Länder sagte der dbb Chef: „Wenn aber dieser Staat Schutzschirme aus Hunderten Milliarden für die Wirtschaft aufspannt, dann darf er seine eigenen Beschäftigten, was deren Einkommen

betrifft, nicht im Regen stehen lassen.“ 51 Prozent der von forsa Befragten halten die Einkommensforderung für berechtigt, so Heesen. Zudem müsse die Konjunktur angekurbelt werden. „Dafür aber müssen wir den Menschen mehr Geld in die Hand geben. Und nirgendwo geht das besser und gerechter als über das Einkommen für geleistete Arbeit.“ Gebraucht würden ein „umfassender Nothilfefonds“ und zusätzlich staatlich finanzierte Investitionsprogramme für ausgesuchte, auch staatliche Bereiche, etwa für Arbeiten an Kindergarten- und Schulgebäuden und für die technische Ausstattung der Polizei- und Ermittlungsbehörden. Heesen: „Wenn diese Krise Investitionen erfordert, warum sollen wir dann im öffentlichen Dienst auf eine Teilhabe an einem solchen Investitionsprogramm verzichten?“ Ernsthafter müsse auch über die Reduzierung von Verwaltungsaufwand und über Bürokratieabbau nachgedacht werden. Zum 50. Jubiläum der Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagen des dbb sagte der Bundesvorsitzende: „Wir haben mit unseren Kongressen immer wieder dazu beigetragen, den Blick auf die Arbeit und auf die Leistungen des öffentlichen Dienstes zu lenken, aber auch die Probleme nicht zu verschweigen.“ In den 60 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik habe der öffentliche Dienst gewaltige Fortschritte gemacht. „Für diese beständige große Leistung haben die beteiligten Menschen vor allem eines verdient: Anerkennung“, so Heesen.

Schäuble: Kritische, aufgeschlossene Partner



Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble würdigte die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für den funktionierenden deutschen Rechtsstaat - auch angesichts der aktuellen Finanzkrise: „Was geschaffen worden ist in diesen 60 Jahren Bundesrepublik, ist eine unglaubliche Erfolgsgeschichte, die auch Mut macht“, sagte Schäuble mit Blick auf das in diesem Jahr anstehende Jubiläum. „Sicher ist, dass wir keinen freiheitlichen Rechtsstaat hätten ohne einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Das war so, das ist so und das bleibt auch so.“ Schäuble bezeichnete die zwei Säulen des öffentlichen Dienstes – Beamte und Tarifbeschäftigte – als unverzichtbar.

Zum neuen Dienstrecht des Bundes sagte Schäuble, damit würden unter anderem die Leistungsbezahlung verbessert und die familienfreundlichen Regelungen ausgebaut. Auch das Laufbahnrecht solle modernisiert

werden. Über die Möglichkeit einer Mitnahme von Versorgungsansprüchen, die bislang nicht geregelt ist, solle zunächst dem Bundestag Bericht erstattet werden, so Schäuble.

Die Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagen des dbb hätten in fünf Jahrzehnten „wesentliche Beiträge“ zur Meisterung aktueller Herausforderungen für den öffentlichen Dienst geleistet. Schäuble dankte dafür und sagte: „Aus Kritik und kritischem Dialog entstehen immer auch neue Erkenntnisse. Wir brauchen Sie, wir brauchen diese Tagung und wir brauchen die öffentliche Debatte. Sie können sich darauf verlassen, dass alle, die politisch in diesem Bereich Verantwortung tragen, ihnen auch künftig als kritische, aufgeschlossene Partner zur Verfügung stehen.“

Rüttgers: Expertenrunde zur Dienstrechtsreform



Die Einsetzung einer Expertenrunde, die die Entwicklung einer großen Dienstrechtsreform für die rund 300 000 Landes- und Kommunalbeamten in Nordrhein-Westfalen mit eigenen Vorschlägen begleiten soll, kündigte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers an. „Wenn das Beamtenrecht nachhaltig neu gestaltet werden soll, müssen viele Stimmen gehört werden,“ so Rüttgers, der vor allem eine leistungsgerechtere und attraktivere Ausgestaltung des öffentlichen Dienstes von der Reform erwartet. Insbesondere das Leistungsprinzip müsse künftig auch für den öffentlichen Dienst gelten. „Wer sich auf einer Stelle bewährt und überdurchschnittlich fortbildet, muss auch entsprechend gefördert werden.“ Darüber hinaus gelte es, die Berufserfahrung bei der Eingruppierung ausreichend zu berücksichtigen und das starre Laufbahnsystem zu reformieren, das häufig den Aufstieg verdienstvoller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter behindere. „Das ist nicht leistungsgerecht. Da bin ich mir mit dem dbb einig“, bekräftigte Rüttgers.

Mit Blick auf die anstehenden Tarifverhandlungen plädierte der Ministerpräsident für einen für alle Beteiligten tragbaren Abschluss. „Klar ist“, fügte Rüttgers hinzu, „Ihre Gehälter sollen steigen. Und meine Aussage steht: Beamte und Tarifbeschäftigte werden 2009 gleich behandelt.“ Keinen Zweifel ließ Rüttgers an der Notwendigkeit und Leistung des öffentlichen Dienstes: „Ohne einen starken öffentlichen Dienst gibt es keinen funktionierenden Staat.“ Auch in der aktuellen Finanzkrise wäre die schnelle Reaktion mit dem

Rettungsschirm für die Banken ohne die Spitzenleistung der Beamten nicht möglich gewesen. „Damit das so bleibt, brauchen wir ein starkes Berufsbeamtentum und für ein starkes Berufsbeamtentum den dbb.“

Diskussion der Innenpolitiker: Investitionen gefordert



Innenpolitische Experten der Bundestagsfraktionen diskutierten am Nachmittag des 12. Januar vor dem Hintergrund der Finanzkrise Rolle und Bedeutung des öffentlichen Dienstes. Übereinstimmend stellten die Politiker fest, dass nachhaltige staatliche Konjunkturmaßnahmen zur Bewältigung der Krise notwendig seien, die nur mit einem hinsichtlich Ausstattung und Personal gut gerüsteten öffentlichen Dienst umgesetzt werden könnten. Der Ruf nach einem starken öffentlichen Dienst sei so laut wie nie zuvor. Dies bringe Chancen aber auch Risiken mit sich.

Max Stadler (FDP-Fraktion) betonte, dass die aufzulegenden Konjunkturprogramme keine Strohfeuer sein dürften. Von vornherein sei zu berücksichtigen, dass alle Investitionen von späteren Generationen zurückgezahlt werden müssten.

Petra Pau (Fraktion Die Linke) forderte, dass kein Programm zu Steuerverlusten führen dürfe, deshalb seien die Steuerungselemente vorab genau festzulegen, die vom öffentlichen Dienst administriert werden müssten.

Siegfried Ehrmann (SPD-Fraktion) bekräftigte, dass diese Aufgabe ohne Personalverstärkung nicht zu bewältigen sei. Erziehung, Bildung, Forschung und Wissenschaft und andere Bereiche müssten fit gemacht werden, um die künftigen wirtschaftlichen Herausforderungen zu meistern.

Ralf Göbel (CDU/CSU-Fraktion) betonte ebenfalls die große Bedeutung der angemessenen Finanzierung der Konjunkturmaßnahmen. Die Wege aus der Finanzkrise müssten so gestaltet werden, dass künftige Generationen handlungsfäh blieben. Dazu sei es notwendig, Regeln zu schaffen, die verhindern, dass ähnliche Entwicklungen, wie die eingetretenen, sich nicht wiederholen könnten.

Silke Stokar (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) forderte ebenfalls eine langfristige Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur unter anderem im Bildungsbereich. Gelänge dies nicht, könnten die notwendigen Konjunkturprogramme keine Nachhaltigkeit entwickeln.

Hinsichtlich einer Bewertung des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes gingen die Meinungen der Innenpolitiker weiter auseinander: So beurteilten die Vertreter der Regierungskoalition das Gesetz unter anderem auf Grund der eingebauten Elemente der Leistungsbezahlung und der Neuordnung der Besoldungstabellen positiv, während die Experten der Oppositionsfraktion nicht zuletzt das Fehlen von Regelungen zur Mitnahme von Versorgungsbezügen kritisierten. Es sei in einigen Bereichen verpasst worden, die vom dbb vorgelegten „Blaupausen“ zur konsequenten Modernisierung des Dienstrechts einzubauen. Deshalb bestehe in diesem Bereich noch Handlungsbedarf, der noch in dieser zu Ende gehenden Legislaturperiode aufgegriffen werden müsse.

Lammert: Grundgesetz ist Erfolgsgeschichte



Bundestagspräsident Norbert Lammert würdigte in seinem Festvortrag „Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit. 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ die beispiellose Überzeugungskraft, die das Grundgesetz seit seinen eher bescheidenen Anfängen in der 60jährigen Geschichte der Bundesrepublik entfaltet und schließlich vor 20 Jahren zu Mauerfall und deutscher Einheit geführt hat.

Den Schöpfern des Grundgesetzes bescheinigte Lammert eine grandiose Aufbauleistung in schwierigsten Zeiten, vor der die heutige Krisenbewertung wie „ein erschreckender Nachweis des Verlusts aller Maßstäbe bei der Beurteilung von Herausforderungen“ erscheine. Lammert erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass bei der Verabschiedung des Grundgesetzes seine Bedeutung zum wichtigsten Dokument demokratischen Selbstverständnisses nicht absehbar gewesen sei, weil die deutsche Nachkriegsbevölkerung zunächst eher desinteressiert reagiert habe.

Den Schöpfern des Grundgesetzes sei es zu danken, dass trotz dieses gesellschaftlichen Klimas die Verfassung einer selbstbewussten und abwehrbereiten Demokratie entstanden ist, die sich auch gesetzgeberisch durch große Anpassungsfähigkeit auszeichnet.

Der lange Weg der Deutschen zu Einigkeit, Recht und Freiheit habe sich, so Lammert, mit der Revolution der Ostdeutschen im Jahre 1989 fortgesetzt. Wenn es noch eines Nachweises für das Streben der Deutschen nach

Einigkeit und Recht und Freiheit bedurft hätte, so hätten ihn die Ostdeutschen mit ihrer politischen Revolution, die heute verniedlichend als Wende bezeichnet werde, erbracht.

Lammert würdigte die großartige Aufbauleistung der Deutschen beim Einigungsprozess und empfahl insbesondere mehr Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen bei der Beurteilung der eigenen Leistung. Die Erfolge der deutschen Vereinigung, die im Ausland größte Hochachtung hervorriefen, verdienten auch von den Deutschen selbst viel stärker in den Blickpunkt gerückt zu werden als die noch offenen Probleme.

Podiumsdiskussion der Innenminister: Ohne Beamte keine Wiedervereinigung



Die ehemaligen Innenminister Hans-Dietrich Genscher und Rudolf Seiters sowie der einstige Staatssekretär Eckart Werthebach blickten auf der abschließenden Podiumsdiskussion am 13. Januar 2009 gemeinsam zurück auf ein halbes Jahrhundert gewerkschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem dbb. Übereinstimmend bekannten sich die Politiker zum Erhalt des Berufsbeamtentums und dessen zentraler Bedeutung für den Staat.

Hans Dietrich Genscher lobte die jährliche gewerkschaftspolitische Tagung als Ideenwerkstatt in der „Politikpraxis pur“ gemacht werde. Stets seien daraus konstruktive Anregungen für alle politischen Bereiche vom Inneren über Bildung bis hin zu finanzpolitischen Angelegenheiten hervorgegangen. Darüber hinaus bezeichnete Genscher den deutschen öffentlichen Dienst mit seinem Modell des Berufsbeamtentums als „einen großen Vorteil für die gesamte Gesellschaft“.

Mit Blick auf die deutsche Wiedervereinigung betonte Rudolf Seiters die tragende Rolle der Beamten im deutschen Einigungsprozess. „Allein im Sommer 1991 waren bereits 10 000 Beschäftigte aus den alten in den neuen Bundesländern tätig. Hätten wir diese Beamten nicht gehabt, würde der Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse noch lange andauern“, erklärte

Seiters. Eckart Werthebach hob in diesem Zusammenhang die Leistung der Bundesministerialverwaltungen für die Wiedervereinigung hervor. Die Angleichung der Rechtssysteme sei eine schwierige Aufgabe gewesen, so Werthebach.

Positiv werteten die Diskutanten auch die Verbesserung in der Verhandlungskultur in Tarifangelegenheiten im öffentlichen Dienst. Auch in emotionalen Verhandlungen, sei die verantwortbare Diskussion unter den politischen Entscheidern immer eine ernsthafte, sagte Seiters. Über „mehr konstruktive Gespräche in den Verhandlungen“ freute sich Werthebach. Genscher betonte die Bedeutung einer geschlossenen Verhandlungsrunde auf der Seite der Arbeitnehmer sowie die Einheitlichkeit des Tarifrechts als Grundlage für konstruktivere Verhandlungen.

Schlusswort Heesen: Aktuelle Bedeutung des Staates herausgestellt



In seinem Schlusswort hob der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen nochmals die Bedeutung der 50. Arbeitstagung hervor: Einerseits sei das Jubiläum zum Rückblick genutzt worden, andererseits konnten neue Themen artikuliert werden, die zu einem guten Ende gebracht werden müssen: „Wir haben wichtige Problemstellungen in die Öffentlichkeit getragen und die Bedeutung herausgestellt, die dem Staat aktuell zukommt und damit auch den Menschen, die für ihn arbeiten,“ sagte Heesen.

In den kommenden Monaten müsse ein Ausgleich gefunden werden zwischen dem, was staatliche Aufgabenerfüllung erfordere, und dem, was den Beschäftigten zukomme. „In diesem Jahr überwog die Harmonie in den Bewertungen. Dies mag 2010 wieder anders sein, vor allem, weil dann eine neue Einkommensrunde anstehen wird“, erklärte der dbb Chef zum Abschluss. Die 51. Arbeitstagung wird wiederum in Köln stattfinden. Als Termin ist der 10. bis 12. Januar 2010 vorgesehen. (01/02/09)